

& betrieb gewerkschaft

Intern

Ausgabe 4/Oktober 2008/11. Jahrgang

www.betriebundgewerkschaft.de

Herausgegeben vom BundessprecherInnenrat der AG Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE.

Finanzkrise

Gleichzeitig mit der Zerschlagung des Deutschen Rentensystems wurden alle Erwerbstätigen aufgefordert einer drohenden Altersarmut privat vorzubeugen. Auf diesem Wege wurden faule US-Kredite hübsch verpackt mit relativ sicheren Wertpapieren auch an deutsche Kunden verkauft. Trotz aller Warnungen wurden diese Mogelpackungen im großen Stiel gekauft und an verängstigte zukünftige RentnerInnen verkauft. Diese glaubten an ein gutes Geschäft. Die Glücksritter von einst reiben sich jetzt die Augen, denn ihre Rente ist nun wirklich futsch.

Die Bundesregierung stellt zwar zur Dämpfung der Finanzkrise Milliarden von Euros als Bürgschaft bereit. Damit sollen die Spareinlagen gesichert werden. Nicht gesichert sind die Wertpapiere und schon gar nicht die mit faulen Krediten. Die Zechen werden nicht nur die Steuerzahler sondern vor allem die Armen in unserem Land zahlen. Das Geld, das jetzt den Banken zugeschoben wird, wird zukünftig für soziale Aufgaben fehlen. Dafür wird die Bundestagsmehrheit schon sorgen.

Bundestreffen in Würzburg vom 27. bis zum 28. September 2008

Unser Bundestreffen in Würzburg fand vor dem Hintergrund der Landtagswahl in Bayern statt. Natürlich war dies auch Gesprächsstoff in den Pausen und zwei Dinge standen dabei im Vordergrund: gelingt es uns in einem weiteren Bundesland im Westen als „DIE LINKE“ ins Parlament gewählt zu werden und das Abschneiden der CSU, sprich dem Verlust der absoluten Mehrheit.

Zwei Themen waren Gegenstand unserer Diskussionen am Samstag, die bei näherem Betrachten schon miteinander zu

verknüpfen sind. Zum einen die zunehmende Privatisierung im öffentlichen Bereich und die massiven Einschnitte im sozialen Netz am Beispiel der Lebensarbeitszeitverlängerung und zusätzlich privat finanzierter Altersvorsorge.

Die Genossin Ulrike Zerhau referierte über den Ausverkauf und die Privatisierung in den Kommunen am Beispiel der Verwaltung einer mittelgroßen englischen Stadt.

Was bleibt, wenn alles an lukrativem kommunalem Eigentum verscherbelt wurde, die Schul-

Inhaltsverzeichnis:

<i>R. Bresin: Bundestreffen in Würzburg</i>	S 1
<i>G. Kemski: Linke Alternativen zum Marktradikalismus... Gewerkschaftspolitische Konferenz der AG B&G</i>	S 3
<i>Beschlüsse des Bundestreffens</i>	B 1 – B 5
<i>Beschluss des GewerkschafterInnennetzwerkes in und bei der Partei der Europäischen Linken</i>	B 5 – B 6
Aus den Ländern	
• <i>Niedersachsen</i>	S 4
• <i>Berlin</i>	S 5
• <i>Niedersachsen</i>	S 6
• <i>Nordrhein-Westfalen</i>	S 6
• <i>Saarland</i>	S 7
<i>DVD: „Wasser unterm Hammer“</i>	S 8
<i>Buchtipp: „Kraftproben „</i>	S 9
<i>Kontakte und Terminplaner</i>	S 10



denlast weiter steigt, dann erscheinen plötzlich neue Partner auf der Bildfläche: die Public Private Partnerships (PPP) übersetzt in „öffentlich – private Kooperation“. Hört sich zuerst prima an und klingt ganz passabel: Private Investoren sind mehrheitlich verantwortlich für die Planung, Finanzierung und Durchführung sowie den langfristigen Betrieb öffentlicher Einrichtungen. Natürlich nicht uneigennützig, sondern für die umfänglichen Dienstleistungen zahlt die Kommune eine entsprechende Miete oder Leasingrate. Ursache für die erhebliche Verschuldung und die Finanznot der Kommunen waren die Steuerreformen des Bundes zu Lasten der kommunalen Untergliederungen. Am Ende werden Einrichtungen entweder geschlossen oder wie reine Wirtschaftsbetriebe geführt und alle, die sich den Eintritt zum Schwimmbad oder Museum nicht leisten können, bleiben auf der Strecke, falls diese Einrichtungen diese Einschnitte noch überstehen. Schulen, Krankenhäuser und Gefängnisse müssen regelmäßig saniert bzw. modernisiert werden, ganz zu schweigen vom öffentlichen Wasser- und Abwassersystem um nur einige zu nennen. Wer entscheidet über die Investitionen und trägt am Ende die Kosten? Gibt es eine demokratische Aufsicht und Kontrolle? Die bisher gemachten Erfahrungen zeigen, daß die staatliche bzw. kommunale Daseinsvorsorge nicht an private Investoren verhökert werden darf!

Am Beispiel Würzburg wurde sehr anschaulich dargestellt wie die Organisation und Planung des geplanten Privatisierungsprozesses aktuell verläuft. Genosse Grünwedel berichtete über den Stand der Verhandlungen mit ARVATO, wobei die fehlende Transparenz und Nachvollziehbarkeit der schon eingeleiteten Prozesse deutlich wurde.

Am Ende der Diskussion berichtete Genossin

Zerhau auch von den Möglichkeiten des Rückkaufes, sprich die Privatisierung umkehrbar zu gestalten. Verabredet wurde sich bei einer der kommenden Gelegenheiten intensiv mit den Positionen unserer Partei zu dieser Problematik zu beschäftigen. Der Film „Wasser unterm Hammer“ (Privatisierung des Londoner Wasser- und Abwassernetzes) zeigte in erschreckender Weise wohin die Privatisierung zentralen öffentlichen Eigentums führt!

Mit dem Film „Rentenangst“ begann der Einstieg zum Thema Sozialstaat. Genosse Michael Schlecht stellte die aktuelle Kampagne der Partei vor: „Gute Arbeit, Gute Löhne, Gute Rente“. An hand der aktuellen US-Finanzmarktkrise und ihrer Folgen auf die Bundesrepublik sowie die AGENDA 2010 Politik und ihre Auswirkungen auf weite Teile der Bevölkerung wurde die Deregulierung und Umverteilungspolitik der vergangenen Jahre deutlich. Mit unseren Positionen zum Mindestlohn auf der Basis von 8,50 Euro bzw. 1.400 Euro monatlich sowie eine nicht unerhebliche Erhöhung des Arbeitslosengeld II Satzes ist eine Grundversicherung nicht vorstellbar. Die Vielzahl prekärer Beschäftigungsverhältnisse, besonders die Leiharbeit und die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse schaden dem Sozialstaat und führen zu erheblichen Einnahmeausfällen.

Eine hohe Beschäftigungsquote zu vernünftigen Arbeitsbedingungen, gute Tarifabschlüsse, keine Privatisierung von Rentenbestandteilen sowie eine steuerliche Umverteilung von oben nach unten sind zentrale Stellschrauben unseres Sozialstaatsprinzips.

Die anschließende lebhafteste Diskussion machte deutlich, daß uns diese Themen in den kommenden Monaten begleiten werden bis zur Bundestagswahl.

Rüdiger Bresin



Linke Alternativen zum Marktradikalismus in der EU

Gewerkschaftspolitische Konferenz am 6./7. Februar 2009 in Peine

Weit entfernt von demokratischer Kontrolle diktiert die europäischen Institutionen den Menschen eine Politik des Sozialabbaus, untergraben sozialstaatliche Errungenschaften der Mitgliedsländer und schränken die sozialen Rechte der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften ein. Sie greifen die Mitbestimmung an, wie beim Angriff auf das VW-Gesetz, verbieten gesetzliche Regelungen gegen Lohndumping und wollen die Reste gemeinwirtschaftlicher Strukturen beseitigen, wie etwa die öffentlichen Sparkassen.

Gemeinsam mit linken Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus Dänemark, Griechenland und Österreich wollen wir vor der Europawahl die Politik der EU auf den Prüfstand stellen, Möglichkeiten des Widerstands aufzeigen und Umriss eines sozialen Europas diskutieren.

Stattdessen wird diese Konferenz der Bundesarbeitsgemeinschaft betrieb&gewerkschaft DIE LINKE am 6./7. Februar 2009 in Peine im „Peiner Forum“.

Mit dabei u.a. *Sahra Wagenknecht* MdEP, *Horst Schmitthener* von der IG Metall, *Uwe Fritsch* Betriebsratsvorsitzender bei VW-Braunschweig, die Stellvertretende Bundesvorsitzende der LINKEN *Ulrike Zerhau* und viele andere Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aus dem In- und Ausland.

Neben der generellen Analyse dessen, was sich auf der EU-Ebene entwickelt hat, werden wir

die Konflikte in Foren auch anhand konkreter Auseinandersetzungen debattieren. So über den Kampf der europäischen Hafentarbeiter gegen die Privatisierung von Seehäfen, den Kampf um eine qualifizierte Berufsausbildung in Europa, die Fragen um europäische Tarifverträge und das damit verbundene Streikrecht oder die Auseinandersetzungen um die Privatisierung der Eisenbahnen in Europa.

Letztlich geht es darum, mit Linken und Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern aus der Bundesrepublik und anderen europäischen Ländern nicht nur Erfahrungen auszutauschen sondern auch zu gemeinsamen Alternativen und gemeinsamen Handeln zu kommen.

Weitere Informationen und Anmelde-möglichkeiten demnächst auf:

www.betriebundgewerkschaft.de



Gerald Kemski

60 Jahre und kein bisschen leise

Der Bundesstreikbeauftragte der Gewerkschaft NGG

unser Genosse

Jürgen Hintzer

hat Geburtstag.

Es gratuliert

Deine AG betrieb & gewerkschaft

DIE LINKE.

Eckpunkte der AG Betrieb&Gewerkschaft zum EP-Wahlprogramm 2009

In den Wahlkämpfen 2009 geht es darum, die Bedingungen für einen grundlegenden Politikwechsel, für eine Abkehr von der neoliberalen Politik zu verbessern. DIE LINKE soll aus den Wahlen wesentlich gestärkt werden.

Das NEIN der Iren zum Lissabonner Vertrag ermöglicht uns im Europawahlkampf eine Debatte zur Neugründung einer sozialen Europäischen Union. Wir brauchen eine Alternative, ein Europa mit einem sozialen Gesellschaftsvertrag.

1. Nein zum Vertrag von Lissabon

Das Nein zum „Verfassungsvertrag“ der Europäischen Union in Frankreich und den Niederlanden hat sich in allen Ländern der Europäischen Union ausgewirkt und die tiefe Vertrauenskrise gegenüber der neoliberalen Orientierung der europäischen Politik offenbar gemacht. Der von den EU-Regierungen vorgeschlagene „Reformvertrag“ (Vertrag von Lissabon) ist inhaltlich weitgehend deckungsgleich mit dem früheren Entwurf des Verfassungsvertrags und wurde in der einzigen Volksabstimmung, die darüber stattfand, in Irland deutlich abgelehnt. DIE LINKE ist gegen diesen Vertrag von Lissabon, weil er darauf abzielt, die neoliberalen Grundlagen der gegenwärtig gültigen Verträge und des Europäischen Verfassungsvertrages zu erhalten. Wir sehen es als erforderlich an, eine neue Debatte über den weiteren Weg im Sinne einer „Neugründung Europas“ zu führen. Mit der neoliberalen Logik zu brechen und die europäische Integration grundsätzlich neu zu orientieren ist der einzige Weg, um zu dauerhaftem Frieden, zu friedlicher Koexistenz und Zusammenarbeit der Völker und Staaten Europas, zu einer demokratischen, politischen und sozialen Perspektive des europäischen Kontinentes beizutragen. Die Ratifizierung des Vertrags von Lissabon muss deshalb ausgesetzt werden.

Die öffentliche europäische Debatte über die vertraglichen Grundlagen der EU muss neu gestartet, organisiert und vorangetrieben werden. Das so oft beschriebene und anerkannte Demokratiedefizit, das seit der Gründung der EU besteht, muss überwunden werden. Der Raub der Souveränität, den die europäischen Institutionen in den letzten Jahren begangen haben, ist zu korrigieren. Wir fordern eine rea-

le Beteiligung der Völker an der Ausarbeitung der Politik und am europäischen Projekt. Das ist der einzige Ausweg aus der tiefen Legitimationskrise, in die die europäische Integration geraten ist.

2. Die neoliberale ‘Lissabon-Strategie’ aufgeben - eine integrierte EU-Strategie für Nachhaltigkeit und Solidarität einleiten

Im Jahr 2000 hat der Europäische Rat in Lissabon das Ziel formuliert, aus der Europäischen Union bis 2010 „die dynamischste, wettbewerbsfähigste wissensbasierte Wirtschaft der Welt zu machen“. Die 2005 nochmals verschärfte Lissabon-Strategie setzt einseitig auf Kostensenkung und den Vorrang einer marktradikalen Wirtschaftspolitik, um so mehr „Wettbewerbsfähigkeit“ der Unternehmen in der EU zu erreichen. DIE LINKE hat die Lissabon-Strategie stets grundlegend kritisiert und abgelehnt. In 2010 wird die EU eine Bilanz über die Ergebnisse dieser Strategie ziehen und entscheiden, wie es weiter gehen soll.

DIE LINKE fordert, die Lissabon-Strategie aufzugeben und durch eine integrierte EU-Strategie für Nachhaltigkeit und Solidarität abzulösen. Aus unserer Sicht sollte diese integrierte Strategie eine wirtschaftliche, eine soziokulturelle, eine ökologische und eine institutionelle Dimension haben und die bisherigen EU-Strategien („Wachstum und Beschäftigung“, „EU-Nachhaltigkeitsstrategie“, „Strategie zu Sozialschutz und sozialer Integration“) neu orientieren und bündeln.

Wirtschaftliche Nachhaltigkeit hat zum Ziel die Aufrechterhaltung des bestehenden „Kapitalstocks“ der Gesellschaft und des gesellschaftlichen Reichtums, die Garantie wirtschaftlicher Effizienz, ökologisch und sozial nachhaltiger Produktivitätssteigerung und Innovationsfähigkeit, wirtschaftliche Stabilität, die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, eine ausgeglichene Handels- und Zahlungsbilanz sowie eine neue Art von Vollbeschäftigung.

Soziokulturelle Nachhaltigkeit umfasst die Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die Durchsetzung der Gleichheit der Geschlechter, eine gerechte Verteilung von Vermögen und Einkommen, die Stärkung sozialer Grundrechte und gleichen Zugang zu öffentlichen Gütern, verbesserte soziale Sicherheit, öffentliche Für-

sorge und öffentliche Dienstleistungen sowie sozio-ökologische Veränderungen bei den Verbrauchergewohnheiten. Beschäftigungspolitik muss über Arbeitsmarktpolitik hinaus garantierte soziale Sicherheit für das gesamte Leben, sozialpolitische Ziele wie Arbeitsqualität, Gleichstellung der Geschlechter und eine gesundheitsfördernde Organisation der Arbeitsumwelt einschließen.

Ökologische Nachhaltigkeit bedeutet Schutz der Biodiversität, eine drastische Reduzierung des Energie- und Materialverbrauchs, der Transportwege, des Bodenverbrauchs, der Umweltverschmutzung durch giftige Substanzen usw.

Die institutionelle Dimension von Nachhaltigkeit umfasst mehr Recht auf Teilhabe und Chancen für die Menschen, Stärkung von Netzwerken und engere Zusammenarbeit der Institutionen.

Diese integrierte Strategie kann in die Praxis umgesetzt werden, wenn es gelingt, verbindliche Ziele auf EU-Ebene, Richtlinien, Aktionsprogramme und Maßnahmen sowie einen gemeinsamen Regulierungsrahmen in den relevanten Politikfeldern auf der Ebene der EU und ihrer Mitgliedstaaten miteinander zu verbinden.

Eine derart tief greifende Veränderung der Politik wird ganz sicher nicht erreicht werden, wenn wir uns nur auf den „guten Willen“ der gegenwärtig herrschenden Eliten in der EU und ihrer Mitgliedstaaten verlassen. Dafür ist Mobilisierung von unten nötig – durch Gewerkschaften, soziale Bewegungen und DIE LINKE. Deshalb will DIE LINKE eine breite Debatte über eine solche Alternative und über die Unterstützung von Bewegungen und Bündnissen für Veränderung initiieren. Wir wollen uns an solchen konkreten thematischen Debatten im Europäischen Sozialforum, in anderen sozialen und demokratischen Initiativen, in den Gewerkschaften oder bei der Ausarbeitung der Charta der Grundsätze für ein anderes Europa beteiligen.

3. Soziale Fortschrittsklausel

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat in einer Reihe umstrittener Urteile das Prinzip verankert, dass die unternehmerischen Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes (z.B. Niederlassungsfreiheit der Unternehmen, freier Kapital-, Güter- und Dienstleistungsverkehr) die Beschränkung sozialer Grundrechte (Streikrecht, Koalitions- und Tarifvertragsfreiheit usw.) begründen können. Weiterhin hat er die geltenden EU-Entsenderichtlinie so in-

terpretiert, dass die Mitgliedstaaten keine höheren Anforderungen an Entsendeunternehmen aus dem EU-Ausland stellen können, als Mindestlöhne zu zahlen und Mindestarbeitsbedingungen einzuhalten.

Um eine solche Gewerkschafts- und arbeitnehmerInnenfeindliche Rechtsprechung in Zukunft zu unterbinden, fordert DIE LINKE als Sofortmaßnahme, dass die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten eine „Soziale Fortschrittsklausel“ in Form eines Protokolls zu den geltenden EU-Verträgen im EU-Primärrecht zu verankern.

Die „Soziale Fortschrittsklausel“ muss unmissverständlich festhalten:

- dass Grundrechte (und insbesondere das Streikrecht, Koalitionsrecht und die Tarifvertragsfreiheit) im Konfliktfall Vorrang vor den unternehmerischen Grundfreiheiten des EU-Binnenmarktes haben.

Die Gewerkschaften müssen das uneingeschränkte Recht haben regionale, nationale und europaweite Tarife abzuschließen und dafür zu streiken. Das ungehinderte Streikrecht der Gewerkschaften, einschließlich des politischen Streiks, und die freie Entfaltung unabhängiger Gewerkschaften sind in allen Ländern Europas zu gewährleisten.

Die betriebliche Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten auf europäischer Ebene ist zu fördern. Europa-Betriebsräte sind dafür ein geeignetes Mittel.

- dass die Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes und das EU-Entsenderecht nicht als Begründung dafür herangezogen werden können, den sozialpolitischen Handlungsspielraum der Mitgliedstaaten in Bezug auf die Festlegung höherer Anforderungen (Einhaltung von Tarifverträgen, nationalen arbeitsrechtlichen Bestimmungen usw.) an Entsendeunternehmen aus dem EU-Ausland zu beschränken, um das Prinzip „gleicher Lohn und gleiche Arbeitsbedingungen für gleiche und gleichwertige Arbeit am gleichen Arbeitsort“ durchzusetzen;

- dass die Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes und das EU-Entsenderecht ebenfalls nicht als Begründung dafür herangezogen werden können, um Tarifzensur auszuüben und den Handlungsspielraum von Gewerkschaften so einzuschränken, dass kollektive Maßnahmen gegenüber Entsendeunternehmen aus dem EU-Ausland zur Aufnahme von Tarifverhandlungen über Mindestlöhne und Mindestarbeitsbedingungen hinaus beschränkt werden können.

- Die gesetzliche Höchstarbeitszeit in der Woche darf 40 Stunden im Durchschnitt nicht überschreiten. Alle Arbeitszeitregelungen in der EU sowie die nationalen Arbeitszeitregelungen müssen entsprechend geändert werden. Wir kämpfen für eine europaweite 35-Stunden-Woche, wie ETUC und die nationalen Gewerkschaften sie in ihrem Programm haben.
- Generell sind wir für das Renteneintrittsalter von 60 Jahren. Nationale Regelungen, die ein früheres Rentenalter ermöglichen, sind zu verteidigen. Alle Regelungen die eine wie auch immer geartete Verlängerung der Lebensarbeitszeit beinhalten, lehnen wir ab. Wir kämpfen für angemessene öffentlich gesicherte Renten für alle, die über der jeweiligen Armutsgrenze in jedem europäischen Land liegen.

4. Liberalisierung und Privatisierung stoppen und umkehren - Öffentliche Daseinsvorsorge stärken

Unter dem Motto „mehr Wettbewerb“ haben EU und Mitgliedstaaten vormals öffentliche Dienste wie z.B. Fernsehen, Energieversorgung, Bahn, Post und Telekommunikation liberalisiert. Mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie ist ein breiter Sektor von Dienstleistungen dereguliert worden. Die dramatische Konsequenz dieser Politik ist, dass nur wenige Großunternehmen die Märkte beherrschen, die Arbeitsbedingungen und Einkommen der Beschäftigten in diesen Bereichen immer schlechter werden, während für Verbraucherinnen und Verbraucher zumeist höhere Kosten entstehen und die Qualität der erbrachten Leistungen oft nachlässt. Die Liberalisierungspolitik hat wiederum die Privatisierung vormals öffentlicher Dienstleistungen vorangetrieben.

DIE LINKE fordert hingegen: Politik muss im gesamtgesellschaftlichen Interesse handeln. Die Gewährleistung allgemeiner Versorgungssicherheit zu sozial verträglichen Konditionen, gleicher Zugang aller zu Leistungen der Daseinsvorsorge, hohe Servicequalität, Verbraucherschutz, ökologische und soziale Nachhaltigkeit, demokratische Kontrolle und Partizipation müssen Priorität für die europäische Politik im Bereich der Daseinsvorsorge haben.

Wir wenden uns ausdrücklich gegen Bestrebungen in der EU, eine öffentliche Ausschreibungspflicht für kommunale und regionale Leistungen der Daseinsvorsorge vorzuschreiben und die Liberalisierung weiterer Bereiche wie z.B. Wasser- und Abwasserwirtschaft, ÖPNV und öffentliche Sparkassen durchzusetzen. DIE

LINKE fordert den Stopp aller weiteren Liberalisierungsprojekte. Wir verlangen eine demokratische, transparente Bewertung der Folgen der bisherigen Liberalisierungspolitik (Servicequalität, Beschäftigung, Umweltauswirkungen, soziale Ausgrenzung, Marktkonzentration etc.) in den einzelnen Bereichen mit der Perspektive, diese wieder unter öffentliche Kontrolle und öffentliche Regie zurück zu bringen. DIE LINKE lehnt insbesondere die von der Europäischen Kommission vorgeschlagene EU-Richtlinie zu Gesundheitsdienstleistungen (‘Patientenrechte bei grenzüberschreitenden Gesundheitsdiensten’) ab, weil sie auf den Einstieg in einen EU-Gesundheitsbinnenmarkt zielt. Gesundheit ist aber keine Ware und keine Angelegenheit von Wettbewerb und EU-Binnenmarkt, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge und der Sozialschutzsysteme. DIE LINKE lehnt ebenso die Position der Europäischen Kommission ab, dass soziale Dienstleistungen den EU-Regeln über den Binnenmarkt, den Wettbewerb, staatliche Beihilfen und Vergabevorschriften unterliegen sollen.

DIE LINKE fordert, dass die öffentliche Daseinsvorsorge und der Non-Profit-Sektor eindeutig vom EU-Binnenmarkt-, Wettbewerbs-, Beihilfen- und Vergaberecht ausgenommen werden müssen. Dies muss in den Europäischen Verträgen unmissverständlich festgehalten werden. Die EU muss festschreiben, dass öffentliche Güter, die öffentliche Daseinsvorsorge (im EU-Jargon „Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ und „Dienste von allgemeinem Interesse“) sowie gemeinwohlorientierte, nicht-gewinnwirtschaftliche Dienste (Non-Profit-Sektor) ausschließlich nach dem Vorrang des öffentlichen Interesses, der demokratischen Steuer- und Gestaltbarkeit, der materiellen Verwirklichung von Grundrechtsansprüchen und der Funktionsfähigkeit der Dienste von den Mitgliedstaaten reguliert werden.

5. Solidarische Lohnpolitik

In der gesamten EU hat es in den vergangenen Jahrzehnten eine stete Umverteilung von den Löhnen zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen gegeben. Diese Entwicklung – ausgedrückt in einer sinkenden Lohnquote in der EU – muss gestoppt und umgekehrt werden.

DIE LINKE kämpft für eine solidarische Lohnpolitik in der EU, die auf einen Ausgleich der Produktivitätssteigerung und des Preisanstiegs in der Lohnentwicklung sowie eine Umverteilungskomponente (zur Steigerung des Lohnanteils am Volkseinkommen) abzielt. Wir unterstützen gewerkschaftliche Strategien, in diesem

Sinne ihre Tarifpolitik europäisch im Sinne des sozialen Fortschritts zu koordinieren und auskömmliche Löhne zu erreichen.

Solidarische Lohnpolitik will das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit am gleichen Arbeitsplatz“ durchsetzen und für die EU-Ebene verbindlich machen. DIE LINKE fordert, dass die EU durch geeignete gesetzgeberische und andere Maßnahmen dafür sorgt, den Lohnabstand zwischen Frauen und Männern - derzeit 15 % im EU-Durchschnitt und 20 % in Deutschland - bis 2015 aufzuheben. „Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit am gleichen Arbeitsplatz“ muss insbesondere im Rahmen des freien Dienstleistungsverkehrs im Europäischen Binnenmarkt durchgesetzt werden, um Lohn- und Sozialdumping zu unterbinden. DIE LINKE fordert, dass die Tarifautonomie in der EU vollständig und flächendeckend garantiert werden muss. Staatliche Politik muss die Rahmenbedingungen für Flächentarifverträge und ihre Allgemeinverbindlichkeit verbessern.

Die große Mehrheit der 27 EU-Mitgliedstaaten hat längst weitgehend flächendeckende Mindestlohnsysteme geschaffen. Um Armutslöhne, Sozialdumping und die Ausbreitung von Niedriglöhnen zu bekämpfen, ist eine koordinierte EU-Mindestlohnpolitik erforderlich, welche die gewachsenen Mindestlohnsysteme in den Mitgliedstaaten (gesetzliche Mindestlöhne, tarifvertragliche Regelungen oder eine Mischung aus beiden) im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips vollständig respektiert. DIE LINKE unterstützt die Forderung des Europäischen Parlaments, dass die EU eine Zielvorgabe zum Mindestniveau von Mindestlöhnen in Höhe von mindestens 60 % des nationalen Durchschnittslohns vereinbart, um Armut trotz Erwerbsarbeit zu verhindern.

DIE LINKE tritt für die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen oder für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tariflöhnen in kollektiven Vereinbarungen in allen europäischen Ländern ein.

6. Ökologisch-solidarisches Zukunftsinvestitionsprogramm - EU und Mitgliedstaaten

Die nationalstaatliche Haushaltspolitik der Mitgliedstaaten muss europäisch koordiniert werden, um sozial-ökologische Zukunftsinvestitionen für Arbeitsplätze, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Umwelt und Bildung zu stärken und so die derzeit stagnierende EU-Binnenwirtschaft umweltverträglich zu beleben.

DIE LINKE fordert daher erstens ein Europäisches soziales und ökologisches Zukunftsbetrieb&gewerkschaft Intern

investitionsprogramm (EU-ÖkoZIP), für welches Mittel im Umfang von mindestens einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU-27 mobilisiert werden müssen. Zweitens sollen die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene ähnliche Programme von mindestens einem Prozent ihres nationalen Bruttoinlandsprodukts auflegen und dies mit dem EU-ÖkoZIP abstimmen und verzahnen.

Das EU-ÖkoZIP und die nationalstaatlichen Begleitprogramme müssen vorrangig auf folgende Schwerpunkte konzentriert werden:

- ein Beitrag zu drastischer Energieeinsparung (Produktion, Dienstleistungen, Transport, Gebäude usw.) und zur Versorgung des verbleibenden Energiebedarfs ausschließlich durch erneuerbare Energieträger (‘Solarwende’);
- umfassendes Stoffstrommanagement, welches beim „Hinweg“ (Gewinnung der erforderlichen Rohstoffe und ihre Umwandlung in Produkte) eine Erhöhung der Ressourceneffizienz um den Faktor 10 anstrebt und den „Rückweg“ (Abfälle, Wiederverwendung und -verwertung) deutlich optimiert sowie eine Chemiewende (‘Entgiftungsprogramm’) befördert;
- ein Beitrag zu Verkehrsvermeidung und Verkehrswende, z.B. durch Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, des Umweltverbunds Schiene-Rad und Ausbau der Schiene im Regional- und Güterverkehr;
- ein Beitrag zu ökologisch und sozial nachhaltiger Stadterneuerung und zum Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in den Bereichen Bildung, Soziales und Kultur, Gesundheit, Pflege und Erziehung sowie Förderung innovativer Klein- und Mittelbetriebe in Bereichen sozial nachhaltiger, ökoeffizienter Produktion und Dienstleistungen. Damit gibt die Koordination europäischer und nationaler ÖkoZIPs wichtige Impulse, um neue sozial und ökologisch nachhaltige Arbeitsplätze mit auskömmlichen Einkommen zu schaffen und die Erwerbslosigkeit zu verringern, die Klimaschutz- und Umweltziele zu erreichen sowie Innovation, Produktivität und Binnennachfrage in der EU zu stärken. Sie leisten ebenso einen Beitrag zur Friedenssicherung, weil die Abhängigkeit der EU von Energie- und Rohstoffimporten gemindert und den derzeitigen geopolitischen Strategien zur auch militärischen Sicherung des Zugangs zu Energieressourcen und Rohstoffen die Grundlage entzogen wird. Zur Finanzierung des EU-ÖkoZIP sollten unter anderem

folgende Maßnahmen und Instrumente in Betracht gezogen werden:

- die Umwidmung sozial und ökologisch fragwürdiger Ausgabelinien des bestehenden EU-Haushalts (z.B. bei Euratom und Kernfusion, bei nicht nachhaltiger Strukturförderung usw.)
- die Einführung einer harmonisierten doppelten Tobinsteuer auf Devisentransaktionen (1 % bei normalen Schwankungen, 2 % bei hohen Finanzmarktschwankungen und spekulativen Attacken) sowie einer EU-Wertpapierumsatzsteuer von 1 % auf den börslichen und außerbörslichen (OCT-Geschäfte) Ver-

kauf von Wertpapieren (Aktien, Anleihen, Optionen etc., jedoch nicht auf die Emission von Wertpapieren);

- die Einführung einer EU-Steuer auf Flugbenzin (Kerosin) sowie eines EU-Rahmens zur Energiebesteuerung (kombinierte Primärenergie/CO₂-Steuern, die bei der Produktion von Energie und nicht beim Verbrauch ansetzen);
- die Nutzung eines Teils der Gold- und Währungsreserven der nationalen Zentralbanken der Mitgliedstaaten, die vom System der Europäischen Zentralbanken für die Geldpolitik nicht benötigt werden.

Keine Privatisierung der kommunalen Verwaltungen

„Würzburg integriert“ wird den Kommunen als das Modell angeboten, das den Einstieg in eine neue Welt der Verwaltung verspricht und die Haushalte entlasteten soll.

Das jedenfalls verspricht Arvato auf seiner Werbetour durch die Kommunen in Deutschland. Arvato ist eine Tochtergesellschaft des Bertelsmannkonzerns.

Dabei handelt es sich um ein Public-Private-Partnership-Konzept. „(...) Kernbestandteil des Projekts ist die integrierte Abwicklung aller Verwaltungsleistungen und die Kopplung bislang isolierter Verfahren an eine zentrale E-Government-Plattform“, ist in einer Presseerklärung der Stadt Würzburg zu lesen.

Die Finanzierung soll ausschließlich über Einsparungen an Arbeitsplätzen finanziert werden. Das besondere daran ist, dass bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Stadt und Arvato ein Schiedsrichter entscheidet. Damit wird die demokratische Selbstverwaltung einer Kommune außer Kraft gesetzt.

Das Ziel ist, dass alles nach privatwirtschaftlichen Prinzipien organisiert wird.

Wie sich Arvato die Organisation einer kommunalen Verwaltung vorstellt, macht die Aussage des Geschäftsführers von arvato government

services, Christoph Baron deutlich: „Diese Neugestaltung der Verwaltungsstrukturen lässt sich in etwa mit der Fertigungsstraße in der Automobilproduktion vergleichen, bei der jeder Arbeitsschritt Teil eines integrativen Prozesses ist.“

Große Teile des Verkaufserlöses ihrer Musiksparte will Bertelsmann über Arvato in den Markt der Privatisierung und des Outsourcings in den Kommunen investieren. Bertelsmann schätzt den Markt in Deutschland auf 20 Milliarden Euro.

Diese Zukunft, dass ganze Verwaltungen privatisiert werden, ist das Ende der Demokratie.

Der ver.di Bundeskongress hat im Oktober 2007 beschlossen, dass ver.di die Zusammenarbeit mit Arvato und der Bertelsmannstiftung einstellt.

Für DIE LINKE ist dies eine besondere Herausforderung. Die Arbeitsgruppe Antiprivatisierung beim Parteivorstand muss dies zu einem ihrer Schwerpunkte machen. Vor allem müssen Kreisverbände, die in ihren Kommunen mit diesem Problem konfrontiert sind, nicht alleine bleiben. Es ist die Aufgabe der gesamten Partei, dass wir dieser neuen Form der Privatisierung entgegen treten.

Öffentlich geht vor Privat

Resolution des GewerkschafterInnennetzwerkes in und bei der Partei der Europäischen Linken

Soziale Mindeststandards in Europa durchsetzen

Der Kapitalismus als System kennt keine Untergrenze für die Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft. Gleichzeitig ist das kapitalistische System immer wieder bestrebt, die Arbeitszeit der abhängig Beschäftigten ins Unermessliche auszudehnen.

Die Präkarisierung der Arbeitsverhältnisse schreitet in nahezu allen Ländern Europas voran.

Besonders betroffen von Sozial- und Lohn-dumping sind Frauen und Migrantinnen und Migranten.

Aus diesem Grund halten wir es als Netzwerk linker Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in und bei der Partei der Europäischen Linken für absolut notwendig, als einen ersten Schritt einige soziale Mindeststandards durchzusetzen.

Wir fordern die Linksfraktion im EU-Parlament und die Partei der Europäischen Linken auf, diese Forderungen zu unterstützen. Wir selbst werden in unseren Parteien und Gewerkschaften für die Realisierung dieser Positionen eintreten.

Mindestlöhne

Wir sind für die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne oder für die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tariflöhnen in kollektiven Vereinbarungen in allen europäischen Ländern. Dieser verbindliche gesetzliche Mindestlohn muss im Einklang mit der Sozialcharta der EU mindestens 60 % des Durchschnittsverdienstes des jeweiligen Landes betragen, auch für Migrantinnen und Migranten sowie so genannte Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter.

Wir kämpfen für Mindestlöhne, die deutlich über der jeweiligen Armutsgrenze in jedem EU-Land liegen.

Mindestlöhne garantieren allen Arbeiterinnen und Arbeitern ein Leben in Würde. Sie haben einen starken sozialpolitischen Aspekt, sie sichern das Recht auf hohe Qualitätsstandards in Bildung, öffentlichem Gesundheitsdienst und anderen sozialen Dienstleistungen.

Arbeitszeit

Die gesetzliche Höchstarbeitszeit in der Woche darf 40 Stunden im Durchschnitt nicht überschreiten. Alle Arbeitszeitregelungen der EU sowie die nationalen Arbeitszeitregelungen müssen entsprechend geändert werden. Wir kämpfen für eine europaweite 35-Stunden-Woche, wie ETUC und die jeweiligen nationalen Gewerkschaften in ihrem Programm haben.

Rente

Generell sind wir für das Renteneintrittsalter von 60 Jahren. Nationale Regelungen die ein früheres Renteneintrittsalter ermöglichen sind zu verteidigen.

Alle Regelungen, die eine wie auch immer geartete Verlängerung der Lebensarbeitszeit beinhalten, lehnen wir ab. Wir kämpfen für angemessene öffentlich gesicherte Renten für alle, die über der jeweiligen Armutsgrenze in jedem europäischen Land liegen.

Betriebliche Interessenvertretung der abhän-

betrieb&gewerkschaft Intern

gig Beschäftigten

Das Kapital agiert europaweit. Die Konzernstrategien kennen keine Ländergrenzen. Daher ist es erforderlich, die betriebliche Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten auf europäischer Ebene zu fördern. Europa-Betriebsräte sind dazu ein geeignetes Mittel.

Streikrecht

Das ungehinderte Streikrecht der Gewerkschaften, einschließlich des politischen Streiks und die freie Entfaltung unabhängiger Gewerkschaften sind in allen Ländern Europas zu gewährleisten. Unser Netzwerk ist in alle Bereiche gewerkschaftlicher Aktivitäten eingebunden, die für das Recht auf europaweite Streiks zu Themen und Auseinandersetzungen kämpfen, die allgemein alle Arbeiterinnen und Arbeiter, Arbeitslose, Jugendliche, Frauen und Immigranten in Europa negativ beeinflussen.

Zukunft für die Jugend

Alle jungen Menschen in Europa brauchen das Recht auf eine Arbeit, die ihnen gute Lebensbedingungen und eine angemessene Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht. Um dieses Ziel zu verwirklichen, brauchen junge Menschen die Möglichkeit, Zugang zu einem kostenlosen Studium in hoher Qualität oder zu einer Ausbildung. Junge Menschen brauchen keine Schmalspurausbildung. Für die junge Generation betrifft Prekarität alle Aspekte des Lebens.

Gesundheit und Sicherheit

Wir unterstützen die Beschlüsse des EL-Kongresses in Prag.

Wir müssen die Pläne und Vorschläge unseres Netzwerkes für die Europa-Kampagne (Europäische Karawane) der EL gegen Prekarität, unsichere Beschäftigung und Flexicurity beschreiben. Wir müssen ebenfalls Seminare für das nächste europäische Sozialforum in Schweden vorschlagen.

Wien, den 2. Februar 2008

Wir fordern das uneingeschränkte Recht der Gewerkschaften in den EU-Staaten lokale, nationale, internationale und EU-weite Tarifverträge zu verhandeln und abzuschließen ein. Dies beinhaltet das Streikrecht um diese durchzusetzen. Als Teil der Gewerkschaftsbewegung und als politisch tätige Menschen fordern wir die Unterstützung dieser Position von den politischen Parteien in unseren Ländern, ihren europäischen Parteien und den KandidatInnen für die Wahlen zum EU-Parlament 2009 ein.

Barcelona , 4. Oktober 2008

Oktober 2008

Beschlüsse 6

Gewerkschaften und sozialistische Parteien – ein wichtiger Teil der Programmdiskussion!

Horst Schmitthener auf einer Veranstaltung der LAG Betrieb und Gewerkschaft

Über 40 MitstreiterInnen – darunter sehr viele Mitglieder – waren am 12. September der Einladung der Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb und Gewerkschaft, Niedersachsen nach Hannover gefolgt.

Giesela Brandes-Steggewentz leitete die Veranstaltung ein mit der Erinnerung an einen Grundsatz nach Karl Marx zur Rolle der Gewerkschaften, die in ihrer täglichen Arbeit am Kernpunkt der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit stehen. Dabei müssen sie zusätzlich zum Tagesgeschäft auch auf eine gesellschaftliche Veränderung hinwirken. Deshalb habe die Unterstützung der Gewerkschaftsarbeit für DIE LINKE einen besonderen Stellenwert.

Auch Horst Schmitthener bekräftigte diesen Aspekt. Eine Analyse der gegenwärtigen Situation sei jedoch unabdingbar.

In der LINKEN gebe es aus ihrer Entstehung heraus zwei politische Kulturen, die in Ostdeutschland geprägte Tradition der alten PDS und die gewerkschaftlich orientierte aus der WASG. In den örtlichen Strukturen seien große Lücken wahrnehmbar: Derzeit würde die Partei mehr über ihre Abgeordneten wahrgenommen als durch ihre Parteistruktur.

Hinzu komme die Existenz eines breiten Spektrums politischer Vorstellungen innerhalb der Partei. Sie gingen von einer großen Nähe zur SPD – „um sie auf den richtigen Weg zurückzubringen“ – über sozialstaatliche Vorstellungen, in denen die soziale Marktwirtschaft als Ende der Geschichte gesehen würde, bis zu Bestrebungen, die eine demokratisch-sozialistische Gesellschaft zum Ziel hätten.

Die Programmdiskussion solle zur Identifikation der Partei und damit zu ihrer Stärkung genutzt werden. Nicht die schnelle Erarbeitung eines Kompromissentwurfs sei daher nötig – man solle sich Zeit lassen für eine breite Diskussion, in die die gesamte Parteibasis einbezogen sei.

Am Ende dieses Prozesses müsse dann ein Programm stehen. Dieses müsse eine Analyse des finanzmarkgetriebenen Kapitalismus unter den veränderten Produktionsbedingungen enthal-

ten, jedoch auch konkrete Schritte zur Veränderung anbieten. Die Höhe der Rendite als das einzige Kriterium zur Wirtschaftsteuerung sei die Grundlage für Sozialabbau. Der Kapitalismus verlöre seine innovative Funktion. Wir müssen den Menschen die von uns angestrebte bessere Gesellschaft beschreiben können.

DIE LINKE müsse eine ganz neue Art von Partei werden: Sie müsse sich als Teil der Zivilgesellschaft verstehen. Die heutigen Machtverhältnisse ließen Erfolge nur in Zusammenarbeit mit anderen Akteuren zu. Deshalb müsse ihre Meinung wichtig sein. Die Programmdiskussion sei gemeinsam mit ihnen zu führen, Forderungen seien gemeinsam zu entwickeln.

Eine besondere Rolle spielten hierbei die Gewerkschaften, nicht nur, weil sie die mit Abstand größten Mitgliederorganisationen seien, sondern vor allem auch, weil sie als einzige Kraft die Kämpfe in den ökonomischen Bereich trügen. Wenige Stunden Streik bewirken oft mehr als große Demonstrationen.

Ort des Wandels sei die Zivilgesellschaft. Die Parlamente können nur die Umsetzung in Gesetze vornehmen. Dort habe dann die Partei auch ihre spezifische Rolle. Dabei sei ein kontinuierlicher gegenseitiger Dialog zwischen Partei und Zivilgesellschaft nötig. Wir müssen dafür besondere Formen von Absprachen entwickeln.

Die traditionelle Partnerschaft zwischen Gewerkschaften und SPD sei in dieser Form mit der Agenda 2010 aufgekündigt worden. Es könne nun aber nicht das Ziel sein diese jetzt in gleicher Form mit der LINKEN aufzubauen. Gewerkschaften und Partei müssen jeder auf seinem Platz in einer angemessenen



Form arbeiten. Die Gewerkschaften müssen ihre Positionen politisch-autonom erarbeiten und dann dazu die nötigen Bündnispartner suchen. „Wir wollen keine privilegierte Partnerschaft – wir wollen dass jeder an seinem Platz tätig ist.“

Im Anschluss wurde sehr konstruktiv – mitunter auch kontrovers – diskutiert. Insbesondere wurde über den mittlerweile entspannten Umgang zwischen Partei und Gewerkschaften in Hannover berichtet.

Am Schluss der Veranstaltung wurde die Unterstützung einer möglichen Kandidatur für den Landesvorsitz aus den Reihen der LAG beraten und mehrheitlich beschlossen dies zu unterstützen.



Manfred Kays, Agnes Hasenjäger

Berlin: Aus der LAG Betrieb und Gewerkschaft

Immer noch ist der seit fast zwei Jahren schwebende Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst in Berlin nicht beigelegt. Im Juli 2008 wurden die Verhandlungen für gescheitert erklärt. Der Senat ließ es sich aber nicht nehmen, den Beschäftigten eine Einmalzahlung zukommen zu lassen. Mit Recht sprachen die Gewerkschaften danach von einem „Tarifdiktat“. Die Streiks im öffentlichen Dienst in Berlin gehen weiter.

In dieser angespannten Situation fand im Juli ein Strategieforum von Landesvorstand und LAG zum Verhältnis der LINKEN und den Gewerkschaften in Berlin statt. Die LAG wollte auf diesem Forum insbesondere Kontroversen im Vorfeld einer möglichen gewerkschaftspolitischen Konferenz in Berlin ausdiskutieren. Denn in Berlin gibt es massive Kritik an der Politik des rot-roten Senats von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Wir finden es notwendig im Vorfeld einer gewerkschaftspolitischen Konferenz zu überlegen, wie wir mit dieser Kritik umgehen und was wir den Kolleginnen und Kollegen anbieten. Das Strategieforum schien uns eine gute Möglichkeit, um daraus Lehren für eine Konferenz zu ziehen.

Tatsächlich wurde auf dem Strategieforum viel Kritik an der Politik des Senats laut. Der LINKEN in Berlin insgesamt wurde angelastet, sich nicht offensiver auf der Seite der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften zu verorten. Besonders kritisiert wurde die zurückhaltende Rolle der LINKEN im Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst und bei der BVG. Gleichzeitig wurde deutlich, dass innerhalb der Partei sehr unterschiedliche Einschätzungen in Bezug auf Ge-

werkschaften und Gewerkschaftsthemen existieren. Um diese Fragen in einem breiteren Kreis von Genossinnen und Genossen zu diskutieren, wollen wir die Strategieforen in unregelmäßigen Abständen als Beitrag zur innerparteilichen Debatte weiterführen.

Intensiv in die Partei eingebracht hat sich die LAG auch auf dem letzten Landesparteitag in der Debatte über einen Leitantrag zu Thema Gute Arbeit in Berlin. Wir haben beispielsweise die Eindämmung prekärer Beschäftigung im öffentlichen Dienst und in landeseigenen Unternehmen auf die Tagesordnung gesetzt und beschäftigen uns nun mit verschiedenen Unter-



aspekten dieses Themas. Am 16. Oktober planen wir eine größere Veranstaltung zu Leiharbeit im Berlin.

Besonders wichtig ist uns aber, stärker zu werden. Wir wollen als LAG weiter wachsen und

mehr aktive Mitglieder bekommen. Deshalb haben wir uns vorgenommen, alle unsere Aktivitäten daraufhin zu untersuchen ob und wie wir neue Mitglieder gewinnen und alte besser einbeziehen können.

Fanny Zeise

Niedersachsen: LAG Betrieb & Gewerkschaft nimmt wieder Fahrt auf

Am 11. Oktober 2007 hatte die Landesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft die Wiederaufnahme ihrer Arbeit beschlossen. Im Landtagswahlkampf kam aus ihren Reihen heraus der Anstoß zum Wahlauftrag „Gewerkschafter wählen DIE LINKE in Niedersachsen“, der in Anzeigen in zwei überregionalen Zeitungen umgesetzt werden konnte.

Am 17. Mai 2008 gab sich die LAG eine neue Struktur. Wir bestimmten keinen Sprecherrat, sondern nur einen Koordinierungskreis, der insbesondere organisatorische Aufgaben wahrnimmt. Neben den bestehenden Schwerpunktgebieten Hannover und Salzgitter-Braunschweig-Wolfsburg-Peine, die es zu stärken und zu festigen gilt, wollen wir weitere ausbauen, als nächstes im Gebiet Osnabrück. Damit weitere folgen können, brauchen wir aber noch Mitstreiter – aktive GewerkschafterInnen und Betriebsräte – in unseren Reihen.

Dem Koordinationskreis angehören an: Giesela Brandes-Steggewentz, Agnes Hasenjäger, Walter Gruber, Manfred Kays, Holger Kulemann, Ursula Weisser-Roelle und Edmond Worgul. Damit ist sowohl eine Anbindung an unsere Landtagsfraktion als auch an den Landesvorstand unserer Partei gegeben. Ansprechpartner für die Bundesarbeitsgemeinschaft sind vorerst Ursula Weisser-Roelle und Manfred Kays. Agnes Hasenjäger und Manfred Kays haben die Mitgliederverwaltung übernommen und sind Ansprechpartner für die inzwischen mehr als 100 Mitglieder der LAG. In Zukunft sollen verstärkt Treffen auf regionaler Ebene stattfinden.

Kontakt zur LAG in Niedersachsen:

Manfred Kays

Altewiekring 9

38102 Braunschweig

Telefon: 0531-848130

Handy: 01522-1665621

Nordrhein-Westfalen: Mitgliederversammlung der LINKEN Duisburg erklärt sich solidarisch mit der Belegschaft der Glunz AG



Das Homberger Spanplattenwerk der Glunz AG (vormals Hornitex) steht vor dem Aus. Für die noch rund 160 Beschäftigten keine neue Erfahrung. Sie sind nach vielen Jahren der Existenzbedrohung, der Eigentümerwechsel und Einbußen, neuer Hoffnungen und weiterer Enttäuschungen buchstäblich seekrank.

Die Unternehmensleitung begründet die vorgehene Schließung mit der angeblichen Notwendigkeit, Überkapazitäten vom Markt zu nehmen und den Druck auf die Preise zu mildern. Dass dahinter das Kalkül auf Maximalprofite steckt, ist offensichtlich.

Noch Anfang des Jahres hatte die Homberger Firmenleitung dem Ältestenrat der Stadt versichert, man sei jetzt aus dem Größten heraus, habe weitere Investitionsmittel und Pläne für ein erweitertes Recycling des enormen Altholzaufkommens in der Region. Nun wird die Firmenleitung mit den Worten zitiert, man schreibe nur noch rote Zahlen und frage sich schon seit dem Frühjahr, ob ein Weiterbetrieb des Werkes überhaupt noch sinnvoll sei. Welchen Zweck haben solche widersprüchlichen Aussagen? Wer täuscht hier wen?

Die zuständige Gewerkschaft IG Metall konnte einen Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag durchsetzen – ein weiterer Beitrag der Belegschaft zum Erhalt des Werkes. Auf seiner Grundlage wird seit Mai dieses Jahres nur noch eine 32-Stunden-Woche gefahren, was mit erheblichen Entgeltverlusten verbunden ist. Der Tarifvertrag läuft zwar noch bis Ende 2010, es besteht aber die akute Gefahr, dass die Firmenleitung ihn durch eine vorherige Produktionseinstellung ins Leere laufen lässt.

Die Glunz AG gehört zur Sonae Indústria mit Sitz in Portugal – einem der weltweit führenden Hersteller von Holzwerkstoffen.

Der Kreisverband der LINKEN Duisburg erwartet, dass die Glunz AG und der Konzern ihren sozialen Pflichten nachkommen und alles unter-

nehmen, um eine Werksschließung zu vermeiden. Duisburg kann nicht schon wieder auf 160 sozialversicherungspflichtige Industriearbeitsplätze verzichten. Vom Verlust der entsprechenden Kaufkraft, der Steuereinnahmen und weiteren Arbeitsplätzen im Umfeld ganz zu schweigen.

Der Beschäftigungssicherungs-Tarifvertrag ist in jedem Fall einzuhalten. Den Beschäftigten, ihren Familien, dem Betriebsrat und der IG Metall gilt unsere Solidarität.



Saarland: Saarbahn-Betriebsräte in DER LINKEN SAAR, eine unendliche Geschichte

Am 3. Juli 2008 wurden 220 Bahn- und Busfahrer Mitglied der Partei DIE LINKE. SAAR. Das sind zwei Drittel der Gesamtbelegschaft des städtischen Unternehmens.

Die städtische Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft Saarbrücken (VVS), zu der die Saarbahn GmbH gehört hat Anfang September 2008 beim Betriebsrat Saarbahn GmbH die Zustimmung zur außerordentlichen fristlosen Kündigung, unter anderem des Betriebsratsvorsitzenden Winfried Jung sowie Arbeitnehmervertretern in den Aufsichtsräten der Konzerngesellschaften, beantragt.

Ihnen werden „massive arbeitsrechtliche Vergehen“ vorgeworfen; so sollen sie während der Arbeitszeit mit Beschäftigten über die Partei

DIE LINKE und mit dem früheren Vorstand Prof. Dr. Ing. Franz Heinrich während der Arbeitszeit gesprochen haben.

Ein Saarbahn-Fahrer (GdL) ist einer der Hauptzeugen der Arbeitgeberseite. Nach Informationen aus der Presse baut der Antrag auf die Aussage: „Er und seine Kollegen wären genötigt worden in DIE LINKE einzutreten. Was sie aber abgelehnt hätten.“

Da bei der Saarbahn wichtige Weichenstellungen und Herausforderungen für die Zukunft des Unternehmens in dieser Zeit zu meistern waren, die nur gemeinsam mit den Arbeitnehmern und nicht gegen sie zu lösen sind, entsteht der Eindruck, dass ganz gezielt die Arbeitnehmervertretung geschwächt werden soll. So befindet ver.di sich derzeit in der Endphase der Ta-

rifverhandlungen für einen Nahverkehrstarifvertrag im Saarland mit dem kommunalen Arbeitgeberverband unter Einbeziehung der VVS-Konzernspitze.

Wegen der andauernden arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen bei der Saarbahn GmbH wünscht ver.di derzeit, Verhandlungen zu einem Tarifvertrag-Nahverkehr Saar mit der Saarbahn GmbH nicht zu führen. Tarifverhandlungen zum Abschluss eines Tarifvertrages für den übrigen Nahverkehr im Saarland werden fortgesetzt. Ver.di bietet der Stadtbahn Saar GmbH parallele separate inhaltsgleiche Verhandlungen an.

Am 24. bzw. 30. Oktober finden die Anhörungstermine wegen der beabsichtigten Kündigungen der Saarbahnbetriebsräte am Arbeitsgericht Saarbrücken statt. Der VVS-Konzern wirft den Betriebsräten Lohnbetrug und Verstöße gegen das Verbot der Parteienwerbung im Betrieb während der Arbeitszeit vor

Die LAG Betrieb & Gewerkschaft Saar fordert die Führung der Saarbahn auf, von sämtlichen Kündigungen Abstand zu nehmen. Ralf Reinstädtler weiter: „Es ist unverschämt, wie der VVS-Konzern mit kritischen und langjährigen Mitarbeitern umgeht. Dies ist Personalführung nach schlimmster Gutsherrenart. In dieser Angelegenheit ist nach meiner Auffassung auch die Oberbürgermeisterin Charlotte Britz gefordert. Das mindeste was man erwarten kann, ist ein klärendes Wort der Oberbürgermeisterin in Richtung Saarbahn-Verantwortlichen.“

Die fristlosen Kündigungen sollen offenbar nur eins bezwecken: als Signal verstanden zu werden, nicht in die Linke einzutreten.

Anfang Oktober 2008 erneut öffentliche Schelte gegenüber dem Saarbahn-Betriebsrat, weil er der Einstellung von 12 Arbeitnehmern widersprach, da der VVS-Vorstand aus den 179 Bewerbern nur junge Bewerber auswählte, obwohl ältere Arbeitnehmer sowie Schwerbehinderte besser qualifiziert waren. Der vom VVS-Vorstand beauftragte Rechtsanwalt bezeichnet

die Position des Saarbahn-Betriebsrates im Widerspruchsschreiben vom 30.09.2008 als „blödsinnige Linksparteipolitik“. Ver.di unterstützt die Betriebsräte in allen laufenden Arbeitsgerichtsverfahren und stellt fest, dass die Position des Saarbahn-Betriebsrats auf dem „Regionalen Beschäftigungspakt für Ältere im Saarland“ vom 24.09.2007 beziehe, der unter anderem mit dem ehemaligen saarländischen Justizminister Josef Hecken (CDU), der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit, dem Deutschen Gewerkschaftsbund Saar, der Vereinigung der saarländischen Unternehmensverbände und weiteren Kammern vereinbart wurde. Dort haben sich unter anderem die Partner des Beschäftigungspaktes verpflichtet, im Rahmen ihrer Zuständigkeiten alles Mögliche zu tun, den Beschäftigungsinteressen „Älterer“ gerechter zu werden und die Beschäftigungsquote älterer Menschen zu erhöhen.

Solidaritätserklärungen an :
betriebugewerkschaft@dielinke-saar.de

Winfried Jung ist knapp 30 Jahre Mitarbeiter der Saarbahn. „Seit 16 Jahren ist er Mitglied im Betriebsrat und wurde in diese Funktion mit überwältigender Mehrheit – mit jeweils mehr als 90 Prozent gewählt. Auch die anderen fristlos entlassenen Betriebsratsmitglieder sind zwischen elf und 24 Jahren bei der Saarbahn beschäftigt, viele von ihnen sind verheiratet und haben Kinder.“



DVD: „Wasser unterm Hammer“

Kern TV

Von Leslie Frank und Hermann Lorenz

Dieser Film, der von vielen Umwelt- und Sozialverbänden wie attac immer wieder gezeigt wird, macht am Beispiel der Trinkwasserversorgung deutlich, dass es unverantwort-

lich ist ein so wichtiges Gut wie das Wasser zu privatisieren. Wasser ist das bisher bestkontrollierte Lebensmittel dank der Tatsache, dass es bei uns überwiegend in kommunaler Hand ist. Am Beispiel der Privatisierung der Wasserwirtschaft in Kiel und Berlin wird aufgezeigt wie die langfristige Versorgung durch das Profitstreben gefährdet wird, Arbeitsplätze verloren gehen und Preise in die Höhe getrieben werden.

Abschreckend ist das Beispiel der Wasserversorgung Londons – dort versickern 30 bis 60 % des Trinkwassers durch undichte Wasserrohre, das fehlende Trinkwasser wird durch Wasser aus der Themse ersetzt, das am Schluss schon dreimal von Menschen getrunken wurde.

Die hohe Qualität der kommunalen Wasserwirtschaft wird am Beispiel Hamburgs gezeigt – dort wurde der drohenden Privatisierung mit einem Bürgerentscheid ein Riegel vorgeschoben. Am Beispiel von Münster wird aufgezeigt wie ein Streik der Busfahrer den Verkauf des öffentlichen Verkehrs rückgängig machte und ein anschließender Bürgerentscheid die Privatisierung der Wasserwerke verhinderte.

Buchtipps: „Kraftproben“

Es gibt Streiks und Kämpfe, die nur in ihrem Umfeld wirksam sind. Es gibt aber auch solche, die Auswirkungen auf die organisierte ArbeiterInnenbewegung insgesamt haben.

Zur zweiten Kategorie gehören der dreimonatige Streik der Hamburger Hafentarbeiter im Winter 1896/97 und der Kampf der europäischen Docker gegen das Port Package I und II der EU-Kommission.

Zu beiden Auseinandersetzungen gibt es jetzt ein lesenswertes gemeinsames Buch.

In „Kraftproben“ schildert *Udo Achten* nicht nur Ereignisse und Umfeld des bis dahin längsten Streiks der Hafentarbeiter. Er beleuchtet auch die Konsequenzen, die aus der Niederlage abgeleitet wurden. Konsequenzen, die für die Gewerkschaftsbewegung insgesamt wichtig waren und die anschließende Erfolge ermöglichten. Sehr hilfreich dabei ist die in diesem Umfang erstmals abgedruckte Auswertung des Streiks durch den späteren Vorsitzenden der Generalkommission der Gewerkschaften *Carl Legien*.

Sehr drastisch und eindrucksvoll zeigt der Film, dass das Profitstreben die Daseinsvorsorge gefährdet und deshalb die Privatisierung von Betrieben der Daseinsvorsorge verhindert werden muss.

Der Film dauert 58 Minuten. Er ist nicht nur für ökologisch Interessierte wichtig sondern z.B. auch für Schulungen geeignet, um die gegensätzlichen Interessen von Kapital und Arbeit lebendig und überzeugend sichtbar zu machen.

Hasso Ehinger

Tel. 07131/910366, ehinger.hasso@web.de

Dieser Film und die beiden folgenden sind über Kern TV OHG, Brennerstr.58, 20099 Hamburg, mail@KernTV.de zu bestellen

***Wasser unterm Hammer* 15,00 Euro**

***Bahn unterm Hammer* 12.50 Euro**

***David gegen Goliath*, 23 Min, ebenfalls Problem Privatisierung der Wasserversorgung in den USA.**

Bei allen 3 DVDs erwirbt man mit dem Kauf das Recht den Film nicht gewerblich öffentlich aufzuführen.

Wie heute, unter teilweise ganz anderen Bedingungen in den europäischen Seehäfen erfolgreich gewerkschaftliche Interessenvertretung zu organisieren ist, beschreibt *Bernt Kamin-Seggewies*, Betriebsratsvorsitzender des Gesamthafenbetriebs Hamburg. Aus Niederlagen in einzelnen Häfen entwickelte sich die Debatte, wie reale Klassensolidarität organisiert werden kann.

Das Ergebnis: Die gewerkschaftlich organisierten Hafentarbeiter mit ihrem hohen Organisationsgrad waren bisher die einzigen, die der EU-Kommission zweimal eine Niederlage beibringen konnten. Die Gründe für diesen Erfolg sind nachlesbar und eben auch für andere Branchen ungeheuer wichtig.

„Proud to be a docker“ (Stolz darauf Hafentarbeiter zu sein) kann anderen Mut machen, es den Dockern gleichzutun.

Gerald Kemski

Udo Achten/Bernt Kamin-Seggewies „Kraftproben“, VSA-Verlag Hamburg 2008 ISBN-978-3-89965-263-5 EUR 22,80

Kontakte

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt info@barbara.borchardt.de
Susanne Danowski su.dan@online.de
Hasso Ehninger ehinger.hasso@web.de
Gerald Kemski gerald.kemski@t-online.de
Heidi Kloor heidi.kloor@googlemail.com
Mike Lätzsch Konfliktcontor@aol.com
Marko Röhrig attaci@gmx.de
Sabine Wils Sabine.Wils@hamburg.de

Gewerkschaftspolitische SprecherInnen der Partei DIE LINKE

Heidi Scharf heidi.scharf@die-linke.de
Michael Schlecht michael.schlecht@die-linke.de

Gewerkschaftspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE

Werner Dreibus werner.dreibus@bundestag.de

Bundesgeschäftsstelle DIE LINKE

Ansprechpartnerin für die AG Betrieb und Gewerkschaft
Jutta Nitsche jutta.nitsche@die-linke.de

Landes-AGen

Baden-Württemberg

Stefan Dreher mail@stefandreher.de

Bayern

betriebuggewerkschaft@die-linke-bayern.de

Berlin

ag.bug@die-linke-berlin.de

Brandenburg

Susanne Danowski su.dan@online.de

Bremen

Ingo Tebje itebje@uni-bremen.de
Werner Frey sputnik-syndikat@arcor.de

Hamburg

Elisabeth Baum baum-aecp@superkabel.de
Regine Brüggemann REGINE-BRUEGGEMANN@t-online.de

Hessen

Renate Bastian bastian.renate@gmx.de
Hermann Schaus schaus4@t-online.de

Mecklenburg-Vorpommern

Jörg Böhm j.boehm@gmx.de

Niedersachsen

Agnes Hasenjäger h.agnes@gmx.de
Manfred Sohn Drmaso@t-online.de

Nordrhein-Westfalen DIE_LINKE.AG@betriebuggewerkschaft-nrw.de

Rheinland-Pfalz

Martin Klein roterwanja@aol.com

Saarland

Gabriele Ungers gabriele.ungers@web.de

Sachsen

Petra Mißbach Petra.Missbach@t-online.de
Karl Friedrich Zais wkb.zais@t-online.de

Sachsen-Anhalt

Edeltraud Rogée edeltraud.rogee@t-online.de

Schleswig-Holstein

Ernst Molkenthin ErnestoPrimero@aol.com
Meenhard Smit smit-meenhard@foni.net

Thüringen

Sandor Witt sandro.witt@gmx.net

Termine

01.-02.11.08 in Fulda

Bundestreffen

06.12.08 in Dortmund

Landestreffen NRW

12.11.08 in Duisburg

Fraktion vor Ort - Personal- und Betriebsrätekonferenz

06./07.02.09 in Peine

Gewerkschaftspolitische Konferenz der AG B&G

Öffentliche Dienste und ArbeiterInnenbewegung

„Demokratisierte Öffentliche Dienste können und müssen eine dreifache Wirkung haben:

Die Macht des Kapitalismus einzuschränken, den Proletariern mehr und verbrieft Ansprüche zu gewähren und unter ihnen im Gegenzug zu den gewährten Garantien jene Verpflichtung auf das Gemeinwohl zu entwickeln, welche eine erste Form der sozialistischen Moral und die Bedingung für die Schaffung einer neuen Gesellschaftsordnung ist.“

Jean Jaures (1911)

Impressum:

„betrieb&gewerkschaft Intern“ wird an alle Aktive der AG verschickt. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Partei Vorstand
DIE LINKE
AG Betrieb & Gewerkschaft
Kl. Alexanderstr. 28
10178 Berlin

Tel. 030/2 4 009 673
Fax 030/ 24 009 480
E-Mail: ag.bg@die-linke.de

Redaktionsschluss:
26.10.2007

Verantwortlich:
BundessprecherInnenrat
DIE LINKE
AG Betrieb & Gewerkschaft

www.betriebuggewerkschaft.de